



## Medienmitteilung

Datum: 12. März 2026

Sperrfrist:

---

### **Vorübergehender Standort für Teile der kantonalen Verwaltung**

**Der Regierungsrat des Kantons Obwalden hat einer Verlängerung des Mietvertrages mit der Korporation Freiteil für die Militärunterkunft zugestimmt, um eine Übergangslösung für die Unterbringung von zwei Ämtern des Sicherheits- und Sozialdepartements zu ermöglichen. Damit können räumliche Engpässe überbrückt werden, bis die neue Infrastruktur auf dem Areal Foribach bereitsteht.**

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden hat einem Mietvertrag mit der Korporation Freiteil als Übergangslösung für die Unterbringung von zwei Ämtern des Sicherheits- und Sozialdepartements zugestimmt. Der Kanton Obwalden mietete die Militärunterkunft Freiteil an der Militärstrasse 8 in Sarnen bereits als Übergangslösung für die Luzerner Psychiatrie AG Iups und verlängert nun den Mietvertrag.

#### **Enge Platzverhältnisse und die bevorstehende Zentrumsüberbauung machen eine Übergangslösung notwendig**

Die aktuell engen Platzverhältnisse in der kantonalen Verwaltung haben dazu geführt, dass das Sozialamt und das Gesundheitsamt auf vier Gebäude aufgeteilt sind. Weiter führt die geplante Zentrumsüberbauung in Sarnen dazu, dass die heutigen Büros am Dorfplatz Sarnen spätestens bis 2027 geräumt werden müssen.

Gemäss der kantonalen Immobilienstrategie sollen die betroffenen Stellen langfristig auf das neugestaltete Areal Foribach ziehen. Da diese neue Infrastruktur frühestens 2034 zur Verfügung stehen wird, braucht es eine befristete Übergangslösung.

#### **Militärunterkunft Freiteil überzeugt als Standort**

Mit einer Standortevaluation wurden verschiedene Objekte geprüft. Die Militärunter-

kunft Freiteil erfüllt die Anforderungen an Flächenangebot, Raumstruktur, Betriebsabläufe und Kosten am besten. Im Jahr 2026 passt das Hochbauamt die Militärunterkunft Freiteil an die Bedürfnisse des Sicherheits- und Sozialdepartements an, damit die Räumlichkeiten anfangs 2027 in Etappen bezogen werden können.

Ab 2027 werden die Dienstleistungen des Sozialamts (inklusive KESB), des Gesundheitsamts und der Departementsleitung am neuen Standort erbracht. Für eine bessere Erreichbarkeit dieser Ämter sind Optimierungen bei der Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr vorgesehen.

Kontakt für Rückfragen der Medien:

Josef Hess, Regierungsrat, Telefon 041 666 62 81, 12. März 2026, 10.00 – 10.30 Uhr